

Ukraine
Walther Rathenau
100 Jahre Vertrag v. Rapallo



TREND

NEUER ZEITGEIST

Die Stammbahn

Direktverbindung nach Potsdam

Liebe Leser,

die Stammbahn fährt natürlich noch nicht über die ehemalige Autobahnbrücke im Düppeler Forst, das Titelbild ist eine Fotomontage.

Wenn man bedenkt, daß der heutige Kanzler Scholz als Direktkandidat die Wiederinbetriebnahme der Stammbahn gefordert haben soll, ist bislang erstaunlich wenig passiert. Wie immer bei Infrastrukturprojekten gibt es Bremser, die mit irgendwas nicht einverstanden sind und die Haare in der Suppe suchen und oft auch finden.

Im Fall der Stammbahn war von Gegnern sogar die Rechtmäßigkeit der ursprünglichen Genehmigung aus dem Jahr 1834 angezweifelt worden.

Auch gegenüber einer Elektrifizierung der neuen Stammbahn mittels Oberleitung sollen Bedenken bestehen.

Wie man an der Dresdener Bahn sehen konnte, erschien vielen Anliegern die Heilung des pathologischen Infrastrukturzustandes nach 1961 nicht zwangsläufig und schon gar nicht wünschenswert.

Wer lange Jahre an einer ruhigen

Trasse gewohnt hat, will nicht den ICE vorbeigleiten sehen.

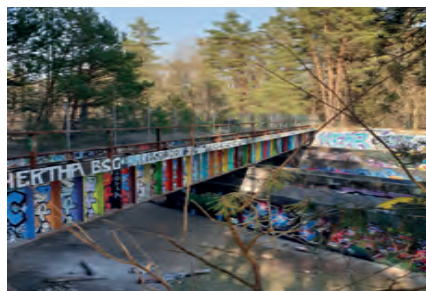
Die Interessen der Anlieger haben hinter dem kollektiven Interesse des Volkes zurückzustehen.

Denke ich an den liebevoll gepflegten Garten meiner Schwiegereltern in Düppel, wird mir angesichts des kommenden zweigleisigen Ausbaus der Stammbahn weh ums Herz.

Für die wachsende Metropole sind schnelle Verbindungen auch ins weitere Umland extrem wichtig.

Dafür werden wohl die heutigen Beete unter dem Schotter des südlichen, bislang nicht vorhandenen, zweiten Gleises verschwinden.

Ihr Andreas Wild



Dreilinden: Die Stammbahn überquert die ehemalige Reichsautobahn unweit der Berliner Stadtgrenze.



Inhalt

Seite 2 Editorial/Verkehr

Wild – Nur für Dich
Weiterbau A 100

Seite 3–5 Leitthema

Die Stammbahn

Seite 6–8 Geschichte

100 Jahre Vertrag von Rapallo

Seite 8 Leseempfehlung

„Potsdamer Morde“

Seite 9 Politik/Gedicht

- Runter mit den Spritpreisen

- „Der Staat als Mörder?“

Seite 10–11 Ukraine/Rußland

- Selbstbestimmungsrecht gegen
Großmachtimperialismus

- Sezession als Recht der Freien
Welt

Seite 12 Glosse

Notizen aus der Hauptstadt

Lückenschluß rückt näher, Staatssekretärin Kluckert zur A 100: Der Bauabschnitt 17 wird gebaut Bild: u. Grafik: Wikipedia



Der 17. Bauabschnitt der A 100 (Treptower Park über die Frankfurter Allee zur Storkower Straße), von dem der Doppelstocktunnel unter dem Bahnhof Ostkreuz als Bauvorleistung schon fertiggestellt ist, wird ab 2024 weitergebaut und Berlin kommt dem Lück-

schluß des Stadtrings ein gutes Stück näher.

Vielleicht ist das Vorpreschen der FDP-Staatssekretärin Daniela Kluckert - übrigens die Schwägerin des weniger begabten Florian Kluckert (FDP) im Berliner Abgeordnetenhaus - durch das Ergebnis des Saarlandes getriggert. FDP und Grüne müssen liefern, um nicht in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden. Da trifft es sich für uns gut, daß die beiden Koalitionspartner im Bund und im Land in Sachen Autobahn diametral entgegengesetzte Positionen haben. AW



Im Jahr 1825 hatte Robert Stephenson die erste funktionstüchtige Lokomotive auf der „Stockton and Darlington Railway“ auf einer 42 km langen Strecke demonstrieren können, die ursprünglich als Pferdebahn geplant gewesen war.

Nicht ganz zufällig sehen sich die Lokomotiven von Stephenson in England, die des „Adler“ auf der Strecke von Nürnberg nach Fürth



und jene auf der Berlin-Potsdamer Eisenbahn sehr ähnlich. Sie alle stammen aus der Fabrik des Robert Stephenson in Newcastle/England.

Die Lokomotiven von Stephenson waren nicht die ersten, auch nicht im deutschen Sprachraum, aber sie waren die ersten, die zuverlässig funktionierten und wirtschaftlich einsetzbar waren.

Der Pionier Stephenson, der keine Ingenieursausbildung erfahren hatte, legte mit der Definition einer „Stephenson-Spur“ mit 4 Fuß und 8,5 Zoll, metrisch 1435 mm, den

1435

*Keine Jahreszahl, sondern
die weltweit verbreitete
Normalspur in mm*

Standard für die weltweit verbreitete Normalspur.

Nachdem 1835 in Bayern die Strecke von Nürnberg nach Fürth gebaut worden war und 1837 in Sachsen ein Teil der Strecke von Leipzig nach

Dresden in Betrieb genommen war, gab es auch in Preußen Kreise, die der neuen Erfindung gegenüber aufgeschlossen waren. Neben den Straßen, die üblicherweise ungepflasterte Wege waren und den Flüssen und Kanälen eröffnete sich nun eine neue Art des Waren- und Personentransportes.

Nicht alle waren begeistert, insbesondere die Betreiber der Postkutschen. Man argumentierte, ein solcher gigantischer Einsatz an Baumaßnah-

kollektive Anliegen Verkehrsstrassen ist das leider unumgänglich.

In der Tat machte es kaum Sinn, Waren, die zum Beispiel aus Anhalt bis Potsdam mit Karren transportiert worden waren, nun in Potsdam noch für die letzten Kilometer auf die Eisenbahn und am Potsdamer Bahnhof wieder zurück auf ein Fuhrwerk zu laden.

Diese Bedenken hatte bei der kurzen, quasi als Versuchsstrecke gebauten Berlin-Potsdamer Bahn, eine ge-



Bahnhof Steglitz vor dem Umbau: Hier ereignete sich am Sedantag, dem 2.9.1883, ein schreckliches Zugunglück mit 36 Toten. Mangels Fußgängertunnel drängten sich Fahrgäste über das Stammbahngleis und wurden von einem Schnellzug erfaßt.

men für Gleise mit Dämmen und Brücken, der Flächenverbrauch des Gleiskörpers und der Bahnhöfe würden sich für die 26 km lange Strecke nicht rentieren.

Die Finanzierung des Bauvorhabens erfolgte privat über eine Aktiengesellschaft, die ein Kapital von 700.000 Thalern zum Bau des Projekts aufbrachte.

Der Eisenbahnbau machte Enteignungen der nicht verkaufswilligen Grundbesitzer notwendig. Für das

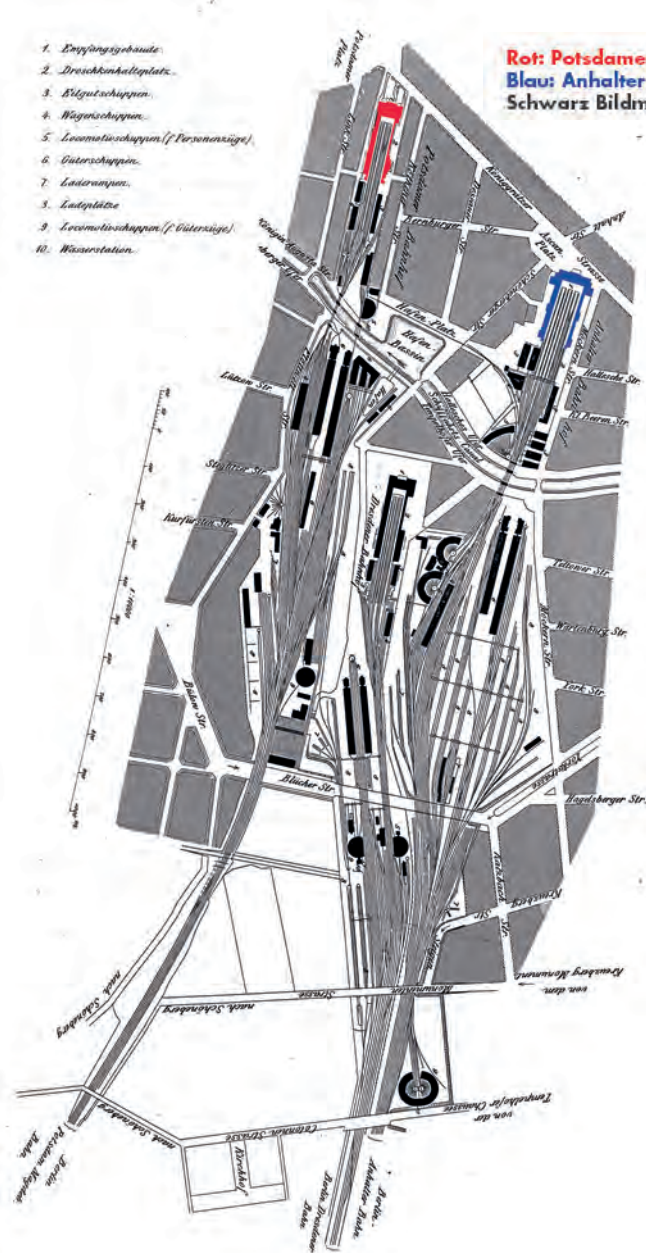
wisse Berechtigung. Aber schon 1846 gingen die Züge bis Magdeburg und 1848 nach Deutz, dem rechtsrheinischen Teil von Köln. Es entstand damit ein ununterbrochener Schienenstrang von Berlin nach Paris.

Die Stammbahn erstreckte sich 1836 insgesamt über 3,3 deutsche Meilen, was knapp 25 km entspricht. Diese Strecke sollte in einer Stunde bewältigt werden können. Am 22. September 1838 wurde das Teilstück Zehlendorf Potsdam und am 29. Ok-



1. Empfangsgebäude
2. Drehscheibenplatz
3. Güterschuppen
4. Wagenschuppen
5. Lokomotivschuppen (Personenzüge)
6. Güterschuppen
7. Lokomotivschuppen
8. Ladegleise
9. Lokomotivschuppen (Güterzüge)
10. Wasserstation

Rot: Potsdamer Bahnhof
Blau: Anhalter Bahnhof
Schwarz Bildmitte: Dresdener Bahnhof



tober die Gesamtstrecke Berlin-Postdamer Bahnhof freigegeben.

Der Bahnhof in Berlin - der Postdamer Bahnhof - ist heute in Vergessenheit geraten. Er lag auf dem heutigen Grünstreifen östlich des Gebäudekomplexes von Mercedes Benz am Potsdamer Platz. Das Empfangsgebäude lag dabei südwestlich

des Potsdamer Platzes, die Gleisanlagen befanden sich zwischen Köthener Straße im Osten und der Linkstraße im Westen.

Da der Nord-Süd-Tunnel der S-Bahn vom Anhalter Bahnhof zum Potsdamer Bahnhof/Potsdamer Platz führt, könnte man meinen, beide Bahnhöfe gehörten einst zu einem Schienenstrang. Das stimmt aber nicht. Der Schienenstrang des Anhalter Bahnhofes führt zur heute Dresdener Bahn genannten Trasse, der Potsdamer Bahnhof nach Potsdam.

Die Strecke wurde zunächst eingleisig gebaut, der Bahndamm aber schon für einen zweigleisigen Ausbau dimensioniert. Zwischen Berlin und Potsdam befanden sich zwei Begegnungsstellen je eine in Steglitz und in Zehlendorf. Die spätere Dampflok-Schmiede Borsig lieferte 116.000 Schrauben und Erdkarren zur Schaffung des Unterbaus der Eisenbahnstrecke.

Heute ist die Stammbahn fast vergessen, obwohl die Strecke von Zehlendorf bis Yorckstraße parallel zur S-Bahntrasse der S1 liegt. Von Zehlendorf rechts: „Bankierzug“ ET 125 fuhr 1936 satte 120 km/h auf der Stammbahn.

lendorf bis zur Stadtgrenze erinnert noch ein ehemaliger Bahnübergang in der Ludwigsfelder Straße an die Trasse.

1870 war von Zehlendorf ausgehend eine neue Trasse über Schlachtensee nach Wannsee gebaut worden, wo sich die Wannseebahn mit der Trasse der Stadtbahn durch den Grunewald kreuzte, die nach Süden zu Wetzlarer Bahn genannt wurde. Die Wetzlarer Bahn hatte zwar Verbindungsgleise zur Wannseebahn lief aber eigentlich nur von Neubabelsberg bis Wannsee parallel. Die Wetzlarer Bahn ist jene, die durch Steinstücken verläuft. Der Kreuzungspunkt der Trasse mit der Stammbahn liegt in Kohlhasenbrück.

Mit dem Bankierzug in 10 Minuten in Mitte

Ein Viadukt über die Wetzlarer Bahn ist heute nicht mehr vorhanden, muß sich dort am nördlichen Ende der Bernhard-Beyer-Straße aber befinden haben, um die Stammbahn über



die unter Niveau liegende Wetzlarer Bahn zu führen. Die Bernhard-Beyer-Straße ist Westberlinern noch bekannt, die gruselige Straßenverbindung mit Steinstücken, die beidseits von der Mauer eingefaßt war.

Heute besteht noch die Stammbahnbrücke über die Machnower Straße, die man auf dem Weg nach Albrechts Teeofen unterfährt.

Vom direkt daneben liegenden Bahnhof Griebnitzsee verlaufen Stammbahn und Wannseebahn auf einer Trasse parallel zum Bahnhof Potsdam.



Zwischen „Zehlendorf-Süd“ und „Düppel“. Hier fuhren bis zum Reichsbahnerstreik im September 1980 S-Bahnen auf einem Stummelstück mit zwei S-Bahnhöfen. Die 3. Schiene ist die verfallene Stromschiene, die einst mit 750 V Gleichspannung 20 cm über der Trasse hängend montiert war



Haltepunkt „Zehlendorf Süd“ im Dornröschenschlaf.

Eine Wiederinbetriebnahme der Stammbahn brächte vor allem der Verbindung Berlins nach Potsdam einen erheblichen Zeitvorteil. Der Schwenk über Wannsee ist etwa 2 km länger als die alte Direktverbindung. Durch die Nutzung der geradlinigen Stammbahntrasse verkürzte sich laut der Bürger-

initiative Stammbahn die Fahrzeit von Potsdam nach Steglitz um 35 % von derzeit 31 auf 18 Minuten.

Der Teil der Stammbahn von Zehlendorf bis Potsdamer Platz verkürzte die Fahrzeit von Zehlendorf nach Hauptbahnhof um 50 % auf 15 Minuten. Diese Einsparung wäre durch weniger Haltepunkte zu erreichen.

So etwas gab es tatsächlich schon einmal. 1936 fuhren auf der mit S-Bahn-Stromschienen elektrifizierten Stammbahn ab Zehlendorf sogenannte Bankierzüge mit einer Höchstgeschwindigkeit von 120 km/h in 10 Minuten zum Potsdamer Platz (Triebwagen Bild links).

Die Kapazität auf der Stadtbahntrasse entlang der AVUS stößt an Kapazitätsgrenzen.

Sowohl die Inbetriebnahme der

Stammbahn von Zehlendorf bis Hauptbahnhof (tief) als auch die Inbetriebnahme der kürzeren geraden Strecke von Zehlendorf bis Griebnitzsee sind ein verkehrspolitisches Muß und sollten schnellstmöglich in Angriff genommen werden.

AW

Von 1913 bis 1961 verkehrte die „Friedhofsbahn“ als S-Bahn von Wannsee über Dreilinden zum Wilmersdorfer Waldfriedhof in Stahnsdorf. Im Hintergrund die Brücke des Königswegs.



Nach Ende des Ersten Weltkrieges wurden dessen Verlierer, das Deutsche Reich und seine Verbündeten und die kommunistische Sowjetunion, zu Partnern der Völkergemeinschaft. Vor allem dem Deutschen Reich gegenüber war der Diktatfrieden von Versailles vom 28. Juni 1919 von Hass auf den besiegten Feind und dem Wunsch diesen nicht nur zu schwächen sondern zu bestrafen gekennzeichnet. Deutschland mußte seine „Alleinschuld“ für den Ausbruch des Krieges akzeptieren, 13 Prozent seines Territoriums abtreten, wurde für alle materiellen Schäden des Krieges haftbar gemacht und zu zunächst unbegrenzten Reparationen verurteilt. Außerdem mußte Deutschland unter Aufsicht der Siegermächte abrüsten und blieb ab 1921 auf unbedeutende Streitkräfte (ähnlich der heutigen merkelgeschädigten Bundeswehr) beschränkt. Die junge Sowjetunion sah sich bis 1922 Interventionen der Siegermächte des Weltkrieges und außerdem 1919/20 einer polnischen Aggression, die schließlich auch noch von Frankreich unterstützt wurde, ausgesetzt.

1922 sah die Bilanz für Deutschland und Russland wie folgt aus: Beide Länder hatten den Weltkrieg verloren. Beide Länder trennte ein Gürtel neugeschaffener Staaten, deren Territorien aus ehemals russischen und deutschen Gebieten bestanden. Beide Länder waren von den Siegermächten schwer gedemütigt worden. Und schließlich wurden beide Länder in der internationalen Politik und Diplomatie weitgehend isoliert und von der Mitwirkung am Völkerbund, in dem die Sieger unter sich blieben, ausgeschlossen.

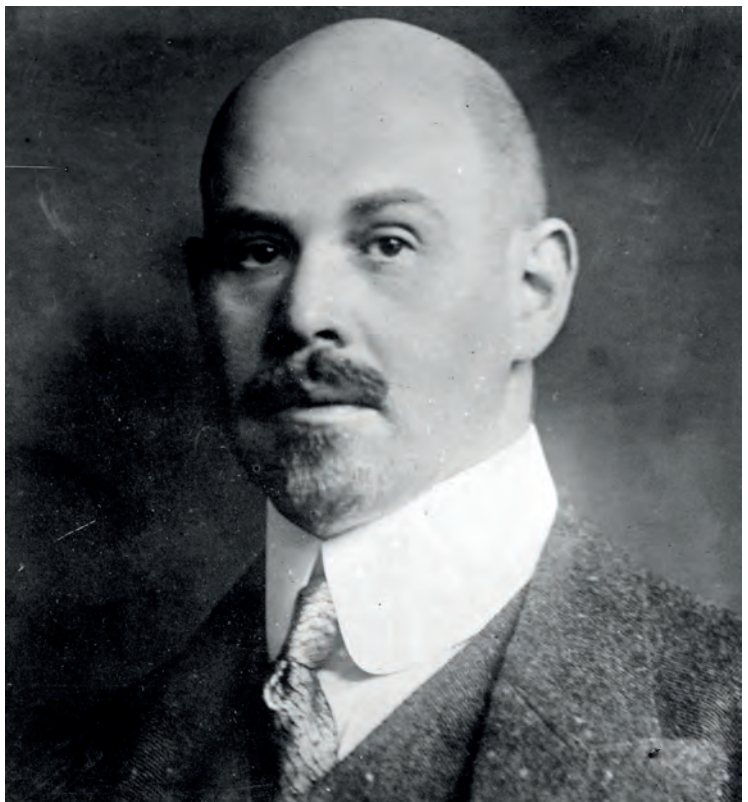
Im Frühjahr 1922 luden die Westmächte zu einer Konferenz nach Genua ein, um hier im Zusammenhang

mit der Reparationsfrage die wirtschaftlichen Probleme Europas zu beraten. Eingeladen waren auch Deutschland und erstmals die Sowjetunion. Die deutsche Delegation stellte schnell fest, dass auf französisches Betreiben von Reparationen nicht die Rede sein

sollte und – wie es schien – die Westmächte versuchten, sich die russischen Reparationsforderungen gegen die Zusage von Wirtschaftshilfen an die Sowjetunion abtreten zu lassen. In dieser für Deutschland verfahrenen Situation rief in der Nacht vom 15. zum 16. April 1922 der sowjetische Außenminister Tschitscherin den Leiter der Ostabteilung des deutschen Außenministeriums, Ago von Maltzan, an und bot ihm schon für den folgenden Tag Verhandlungen über ein deutsch-russisches Wirtschaftsabkommen an.

Von Maltzan ließ daraufhin die Leiter der deutschen Delegation, Reichskanzler Joseph Wirth und Außenminister Walther Rathenau, wecken, und es kam gegen halb drei Uhr nachts zu der legendären „Pyjamakonferenz“, in deren Ergebnis man die Annahme der russischen Einladung beschloß.

Am nächsten Morgen, es war der Ostersonntag des Jahres 1922, fuhr



Ermordet, weil er Jude war: Reichsminister Walther Rathenau (*1867 in Berlin; † 24. Juni 1922) Bild :Wikipedia

die deutsche Delegation daraufhin von Genua in den 30 Kilometer entfernten Badeort Rapallo, wo sich das Quartier der sowjetischen Delegation befand, um dort mit Außenminister Tschitscherin und dessen Mitarbeitern zusammenzutreffen. Noch am Nachmittag dieses 16. April wurde der Vertrag dann von den beiden Außenministern unterzeichnet. Er trat mit der Unterzeichnung sofort in Kraft. Der Vertrag normalisierte die Beziehungen beider Staaten, die mit ihm ihre jeweilige internationale Isolation durchbrachen, und sollte die Verhandlungsposition des Deutschen Reiches gegenüber den Westmächten stärken. Mit ihm schlossen sich zwei Geächtete der damaligen internationalen Politik zusammen.

Auf der Konferenz von Genua schlug die Nachricht von dem deutsch-sowjetischen Vertrag wie eine Bombe ein. Frankreich drohte die Konferenz platzen zu lassen, und auch der britische Premier Lloyd George zeigte sich



empört. Schließlich protestierten beide Staaten zwei Tage nach Abschluß des Vertrages auf diplomatischem Wege gegen dessen Unterzeichnung. Gemessen an dieser Aufregung war der Inhalt des Vertrages doch eher harmlos: Beide Staaten nahmen ihre diplomatischen und konsularischen Beziehungen wieder auf. Beide Staaten verzichteten gegenseitig auf alle Ansprüche aus dem Weltkrieg und beschlossen ihre Wirtschaftsbeziehungen nach dem wechselseitigen Grundsatz der Meistbegünstigung zu gestalten. Letzteres war vor allem für das Deutsche Reich wichtig, weil seine Waren von den ehemaligen Kriegsgegnern in Westeuropa weiterhin boykottiert wurden. Das war aber im Prinzip auch schon alles. Irgendwelche militärischen oder politischen Geheimklauseln, wie von westlichen Presseorganen und sogar Diplomaten gegangewöhnt, gab es nicht. Sie wären auch überflüssig gewesen, weil die deutsche Reichswehr bereits seit 1920 insgeheim mit der Roten Armee kooperierte, was im Westen aber nicht bekannt war.

Allerdings wurde diese Zusammenarbeit im Vertrag von Rapallo tatsächlich vertraglich fixiert. Ganz offen aber ebenso nichtssagend hieß es dazu in Art. 5 des Vertrages, dass „sich die deutsche Regierung bereit erklärt, ihr neuerdings mitgeteilten, von Privatfirmen beabsichtigten Vereinbarungen zu unterstützen und ihre Durchführung zu erleichtern.“ Gemeint waren damit die rüstungspolitischen Aktivitäten deutscher Privatfirmen in der Sowjetunion. Derartige wirtschaftliche Aktivitäten waren der Reichsregierung im Hinblick auf die Rüstungskontrollbestimmungen des Versailler Vertrages nicht anzulasten, auch wenn ihre Kosten insgeheim aus dem Etat des Reichswehrministeriums beglichen wurden. So wurde beispielsweise der Bau einer Flugzeugfabrik in Fili bei Moskau durch die Junkers-Werke fi-

nanziert.

Im Westen war aber wohl schon allein die Tatsache aufregend, dass zwei aus der Staatengemeinschaft ausgeschlossene und Verfemte, die beiden großen Verlierer des Weltkrieges, diesen Vertrag miteinander schlossen. Die seit 1917 verbreitete Furcht, der russische Bolschewismus könne, verbündet mit der deutschen Organisations- und Militärgewalt, die Welt überrennen, geisterte erneut durch die Presse der Westmächte und lastete wie ein Albdruk auf Westeuropa. Bis heute umschreibt der Begriff „Rapallo-Komplex“ das westliche Unbehagen gegenüber einer deutsch-russischen Annäherung, wie wir es vor dem russischen Angriff auf die Ukraine bei der Debatte um die „Nord Stream 2-Pipeline“ erleben konnten.

Aber auch in Deutschland sorgte der Vertrag von Rapallo für Furore, weil sich hier zum ersten Mal wieder eine gewisse außenpolitische Operationsfreiheit andeutete. So wurde der Vertrag hier auch überwiegend begrüßt. Allerdings fühlte sich Reichspräsident Friedrich Ebert und mit ihm die Parteiführung der SPD, die ohnehin ein Abkommen mit der kommunistischen Sowjetunion ablehnten, übergangen, was das bislang gute Einvernehmen zwischen Ebert und der SPD mit der Reichsregierung nachhaltig trübte. Zustimmung fand der antiwestliche Vertrag aus unterschiedlichen Gründen auch bei der KPD, weitsichtigen Nationalisten und sozialistisch orientierten Kräften im völkischen Lager. Hier steht der „Geist von Rapallo“ bis heute für die Vision einer deutsch-russischen Zusammenarbeit, wozu auch immer. Im vorrangig antikommunistisch geprägten deutschnationalen und rechtsextremen Lager wurde die Annäherung an das bolschewistische Rußland dagegen mehrheitlich abgelehnt und Reichsaußenminister Rathenau angelastet, der dort



Walther Rathenau in Rapallo

schon wegen seiner jüdischen Herkunft verhaßt war. So hielt auch der Führer der damals außerhalb Bayerns noch weitgehend unbedeutenden NSDAP den Vertrag von Rapallo für „völlig verfehlt“.

Es gab im übrigen noch einen dritten Aussätzigen in der damaligen Weltpolitik nämlich die kemalistische Türkei, die 1922 schon mitten dabei war, ihre Beschränkungen aus dem Friedensvertrag von Sèvres vom 10. August 1920 zu sprengen. Dieser Vertrag ging noch weit über das Maß des Versailler Vertrages hinaus und hätte lediglich einen türkischen Rumpfstaat zurückgelassen, der als unabhängiger Staat wohl nicht lebensfähig gewesen wäre. Anders als der Versailler Vertrag in Deutschland wurde der Vertrag von Sèvres von der türkischen Nationalversammlung in Ankara aber nie ratifiziert. Stattdessen formierte sich von Ankara aus die türkische Nationalbewegung gegen das Diktat der Siegermächte. Im türkischen Befreiungskrieg wurde zunächst Armenien militärisch besiegt, was am 2. Dezember 1920 zum Friedensvertrag von Alexandropol führte, dem ersten Vertrag, in dem die türkische Nationalbewegung als Vertragspartner völkerrechtlich anerkannt wurde. Die





Reichskanzler Joseph Wirth (2. v. l.) mit dem sowjetischem Außenminister Tschitscherin (2. v. r.) Bild: Wikipedia

Grenzziehung im Kaukasus gegenüber der Sowjetunion wurde schließlich im Freundschaftsvertrag von Moskau am 16. März 1921 besiegelt, in dem die beiden anderen Geächteten der damaligen Nachkriegsordnung ihre Differenzen beilegten und eine weitgehende Zusammenarbeit vereinbarten. Die Türkei erhielt im Anschluß an diesen Vertrag von der Sowjetunion sogar Gold und Waffen geliefert. Weitere militärische Erfolge der nationaltürkischen Streitkräfte führten im Oktober 1921 auch

der französischen Herrschaft über das früher osmanische Syrien. Griechenland, das als einziges Siegerland den Türken in Anatolien noch Widerstand leistete, sollte im Laufe des Jahres 1922 militärisch geschlagen werden, und mit der Einnahme Izmirs am 9. September 1922 so auch der griechisch-türkische Krieg entschieden werden.

Es ist eine interessante Überlegung, ob sich hier mit der Türkei nicht noch ein weiterer Partner für das Deutsche

Reich angeboten hätte. Es wäre interessant zu wissen, ob die deutsche Außenpolitik 1922 nicht auch Überlegungen anstellte, auch mit der Türkei, dem einstigen Verbündeten im Weltkrieg und nunmehrigen Outcast in den internationalen Beziehungen, bilaterale Kontakte aufzunehmen und in eine engere Zusammenarbeit einzutreten. Aber das bleibt letztlich spekulativ. Es bleibt Rathenaus patriotischer Verdienst, das Deutsche Reich in Rapallo wieder auf die Bühne der internationalen Politik zurückgebracht zu haben. Im übrigen sollten ihm nur noch wenige Wochen vergönnt sein, ehe er am 24. Juni 1922 ruchlosen Mördern zum Opfer fiel. Die Konferenz von Genua war da schon am 19. Mai 1922 unverrichteter Dinge auseinander gegangen.

M. B.

Leseempfehlung: Carla Maria Heinze „Potsdamer Morde“

Das ist wieder ein Roman für die Leser im Südwesten Berlins, spielt er doch dort und im Großraum Potsdam. Das Lokal- und Zeitkolorit der 2010er Jahre ist perfekt getroffen. Die deutsche Teilung liegt lange zurück, an die alte Grenze erinnert kaum noch etwas, und die Menschen leben im hier und heute, dort wo Berlin mit seinen Umlandgemeinden allmählich zusammenwächst.

Auf dem Südwestfriedhof in Stahnsdorf wird eine frische, stark verstümmelte Leiche gefunden. Anfangs wissen die Potsdamer Ermittler kaum, wo sie ansetzen sollen. Dann führen die Ermittlungen aber rasch in die jüngere Vergangenheit und zur Auslandsspionage der DDR, war der Tote vom Friedhof doch seinerzeit als Spion nach Westdeutschland eingeschleust worden. Was die Autorin zu Vorgängen in der DDR schreibt, ist teilweise aber derart hanebüchen, daß man nicht so recht weiß, ob es sich tatsächlich

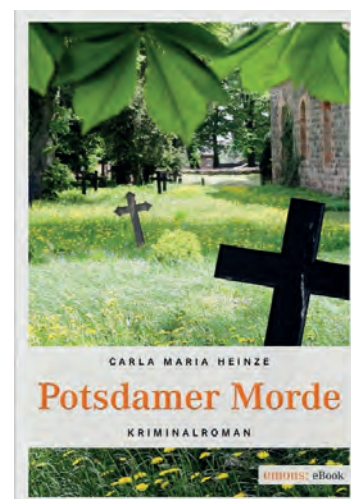
um Unvermögen der Autorin – ausweislich ihrer Kurzvita immerhin eine ehemalige „EU-Sicherheitsberaterin“ - handelt, oder ob sie diese Ausführungen nur Romanfiguren mit Stasi-Hintergrund als Desinformation gegenüber nachgeborenen Jüngeren oder Menschen mit einer „westlichen Sozialisation“ in den Mund legt. Aber erst, als die Ermittler den Falschnamen des Toten kennen, unter dem dieser in der Bundesrepublik tätig war, nehmen die Ermittlungen wirklich Fahrt auf. Dennoch verdächtigt zunächst noch nahezu jeder jeden. Die Autorin legt hierzu auch jede Menge Seiten- und Fehlsuren.

Etwa ab der Hälfte des Buches häufen sich dann aber eindeutige Hinweise auf den Täter, wenngleich man sich bei dieser Autorin nicht sicher sein kann, ob es sich nicht um eine besonders plumpe Fehlspur handelt. Aber auch ohne den Schluß vorab gelesen zu haben, be-

stätigen sich schließlich die auf den Täter hindeutenden Anhaltspunkte. Am Ende wird der Roman noch richtig dramatisch, was der Spannung aber durchaus zugutekommt. Alles in allem ein gut komponierter, unterhaltsamer Kriminalroman.

Herbert Hermann

Carla Maria Heinze
„Potsdamer Morde“
Emons Verlag, 2016, 240 S.,
10,90 €



Weg mit den Spritsteuern!



Die steigenden Benzin- und Dieselpreise sind ein gutes Beispiel für die Verlogenheit der etablierten Politik gegenüber den auf ihr Auto angewiesenen Normalverbrauchern. Scheinbar betrübt veranstalten die Politiker ein Lamento, man wolle den Autofahrern ja gerne helfen, habe aber kaum Möglichkeiten dazu. Insgeheim denken dieselben Politiker aber wohl eher, je weniger Auto gefahren wird, desto weniger Benzin wird verbraucht und desto weniger wird die Umwelt belastet.

Derartige Überlegungen gehen aber an der Lebenswirklichkeit der vielen Menschen in Deutschland vorbei, die zur Sicherung ihrer Existenz im Alltag auf ihr Auto angewiesen sind. Angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen schlägt der FDP-Finanzminister Lindner nun Benzinrabatte vor, die den Benzinpreis für die Verbraucher auf „unter zwei Euro pro Liter“ sinken lassen sollen. Die Differenz zum realen Benzinpreis sollen die Tankstellenbetreiber vom Staat erstattet bekommen.

Lindner als Finanzminister müsste eigentlich wissen, welches tatsächliche Einsparpotential die staatliche Steuerlast auf Mineralölprodukte bieten könnte. Zunächst generiert der Staat mit der mit dem jeweiligen Benzinpreis zusammen steigenden 19-prozentigen Mehrwertsteuer noch zusätzliche Einnahmen aus dem Treibstoffverkauf. Hier wäre es geboten, in einem ersten Schritt die Mehrwertsteuer von 19 auf 7 Prozent abzusenken, was Benzin schon

einmal nach den derzeitigen Preisen um 27 Cent verbilligen würde. Dann könnte man die 2020 von der letzten Merkelregierung eingeführte CO₂-Abzocksteuer entfallen lassen, was Benzin und Diesel noch einmal um 4,5 Prozent billiger machen würde. Durch Abschaffung der früheren Mineralöl- und heutigen Energiesteuer könnte der Benzinpreis um weitere nahezu 40 Prozent gesenkt werden. Deshalb fordert die AfD im Interesse aller Berufspendler, Handwerker und anderer auf ihr Auto angewiesener Menschen in Deutschland, die Streichung der CO₂-Abgabe und der Energiesteuer! Superbenzin würde so um mindestens 0,74 € und Diesel um mindestens 0,56 € günstiger werden.

Die von FDP-Finanzminister Lindner vorgeschlagenen Benzinrabatte erweisen sich demgegenüber als eine bürokratische Mogelpackung und als ein durchsichtiges Wahlmanöver.

M. B.

Der Staat als Mörder?

Wenn im Reich der alten Franken Menschen durch Impfungen erkranken, durch Gengift Krankheit sich erworben und sind letztlich daran verstorben, dann urteilt die Versicherung kein Geld gibt es für Selbsttötung.

Die Teilnahme an einem Test, wenn der dir gibt den letzten Rest, weil es ist schon längst bekannt, die Gengiftimpfung ist riskant, wird es nach dem Gesetz geschehen, dein Tod als Selbstmord angesehen.

Eine Frage ergibt sich daraus: Macht die Spritze dir den Garaus, ist dein Mörder dann der Staat, wenn dieser dich gezwungen hat?



Da zumindest in Frankreich im Fall des Todes durch experimentelle Impfung keine Lebensversicherung gezahlt wird, weil die freiwillige Teilnahme an dem Experiment einem Selbstmordversuch gleichgesetzt wird, wie ist die rechtliche Situation beim Impfwang? Wird der Staat dann nicht nur de facto, sonder auch de jure zum Mörder?

Rolf Lindner

Impressum
Adresse: Andreas Wild MdA (2016-2021)
Jungfernstieg 4 b
12207 Berlin
Telefon: 030-209677555
Email: wild@staatsreparatur.de

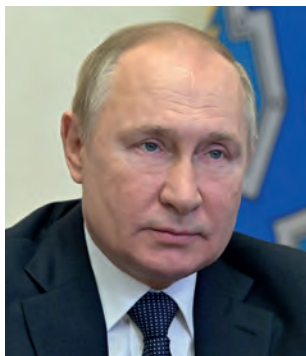
Von der Freiheit des Westens: Oft wird gesagt, man könne in den westlichen Ländern seine Meinung frei äußern, ohne dafür gleich eingesperrt zu werden. Zunächst sei dazu nur am Rande angemerkt, daß es auch im heutigen Russland jedem freisteht, dem Präsidenten und seinem Vorgehen in der Ukraine uneingeschränkt zuzustimmen, ohne dafür eingesperrt zu werden. Doch wie sieht es mit der Freiheit im Westen aus?

Natürlich kann man sich auch hierzulande zu durch den rot-grünen Meinungsdiskurs positiv besetzten Themen wie Klimaschutz, Gender, Europäisierung und Förderung von Multikulti völlig frei zustimmend äußern. Aber wie sieht es mit Kritik an der all-

gemeinen Linksdrift des politischen Systems etwa in Deutschland, der zunehmenden Verschwulung des Landes oder der ungebremsten Massenzuwanderung aus fremden Kulturen aus? Vertreter des Mainstreams pflegen hierzu gerne zu

sagen, man könne bei uns zwar alles sagen, man müsse dann nur die Konsequenzen daraus tragen. Dazu kann aber durchaus gehören, daß man seine Arbeit oder Wohnung verliert, daß man in der Öffentlichkeit stigmatisiert oder sozial ausgegrenzt wird, daß man zum Opfer medialer Anprangerung oder auch physischer Gewalt wird. Schließlich ist auch der Vorwurf, man verbreite Hass und Hetze (neudeutsch: Hatespeech) nicht mehr weit, und am Ende winkt der rechtlich mehr als unbestimmte Volksverhetzungsparagraph des § 130 StGB, der unerwünschte Meinungsäußerungen durchaus mit Strafandrohungen bis zu fünf Jahren unter Strafe stellt.

Insgesamt stellt sich Deutschland heute als zunehmend „rot-grün versifft“, so der inzwischen abtrünnig gewordene Jörg Meuthen auf dem Stuttgarter AfD-Bundesparteitag im April 2016, „verschwult“, so der Autor Arif Pirinci in seinem bekannten Buch von 2015, bei der Definition eigener nationaler Interessen schwächelnd, als unsicherer Wackelkandidat im westlichen Bündnis und völlig von russischen Energielieferungen abhängig dar. Wer sich diesen Entwicklungen widersetzt, das eigene Volk erhalten und seine Interessen wahren will, wird zudem vom Regierungsamtlich politisch gesteuerten Inlandsgeheimdienst als „rechtsextremer Verdachtsfall“ bespitzelt, was



Wladimir Putin: Psychopath, Vampir oder Landesvater?

kürzlich sogar auch noch das Verwaltungsgericht Köln für rechtens befand. Was soll man von einer solchen Freiheit halten?

Angesichts dieses woken westlichen Gesellschaftsmodells hat sich in einigen Ländern Osteuropas ein eigener, aus Sicht des west-

lichen Mainstreams noch vornehm formuliert rückwärtsgewandter, oder wohlwollender formuliert traditioneller, überlieferter oder auch althergebrachter Gesellschaftsentwurf einer postliberalen Christdemokratie entwickelt. Beispielhaft stehen hierfür etwa Polen und Ungarn, aber auch das Putinsche Russland vor dem Februar 2022. Ungarn wie Polen schränken Abtreibungen ein, versuchen postkommunistische Netzwerke in der Justiz zu entfernen, den Einfluss ausländischer Medien auf die politische Willensbildung im Lande zu begrenzen, die eigene Nation zu erhalten und die Zuwanderung fremdkultureller Migranten aus anderen Kulturkreisen

zu unterbinden. Hervorzuheben ist in Ungarn auch die auf christlichen Grundsätzen basierende Familienpolitik mit der starken Förderung junger Familien. Ungarns Ministerpräsident Victor Orban faßte den Geist dieses Gesellschaftskonzepts in seiner berühmten Rede in Baile Tusnad vom 28. Juli 2018 wie folgt zusammen:

„Die antikommunistische, christlich verpflichtete, über Nationalgefühl verfügende Generation kommt jetzt, tritt in die europäische Politik ein. Vor dreißig Jahren haben wir noch gedacht, Europa sei unsere Zukunft, und heute denken wir, dass wir die Zukunft Europas sind. Vorwärts!“

Dieser Gesellschaftsentwurf weckt naturgemäß auch Sympathien bei Konservativen und Rechten allgemein in den Ländern Westeuropas. Das Modell der postliberalen Christdemokratie beruht aber auch auf der gegenseitigen Achtung aller Völker und Nationen. Nur auf der Grundlage dieser Achtung ist ein Bündnis freier Nationen als Fundament einer dauerhaften Friedensordnung in Europa möglich. Jede Nation hat das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben und eine selbstbestimmte politische wie staatliche Organisation. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker müsste für jeden Patrioten, gerade auch vor dem Hintergrund eines ethnopluralistischen Weltbildes, der absolute Wert in der internationalen Politik sein. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu verletzen, ist eine rote Linie, die zu überschreiten für jeden Patrioten undenkbar ist.

Diese rote Linie hat Putin mit seinem imperialistischen Angriff auf die Ukraine eindeutig überschritten und damit zugleich den Bereich des Völkerrechts zugunsten des Faustrechts und nackter, brutaler Gewalt verlassen. Jetzt wird auch deutlich,



dass es Putin nicht um die Zukunft des christlichen, nationalstaatlichen und ethnisch-kulturell homogenen Abendlandes ging. Stattdessen geht es ihm um die Errichtung bzw. Wiederherstellung eines russisch dominierten Großreichs zwischen Weichsel und Amur. Zugleich strebt er die Revision der seit 1990 in Europa entstandenen Realitäten unter Androhung und Anwendung von Gewalt an. Dass sie dies auch so verstanden haben, zeigt auch das Verhalten Polens und Ungarns seit dem 24. Februar 2022.

Angesichts dessen ist es die Pflicht eines jeden Patrioten, alles ihm mögliche zur Unterstützung der kämpfenden Ukraine zu unternehmen! Das gilt unabhängig von allen Absichtsbekundungen der soften Politiker des Westens, die sich schon wieder anschicken, die Signale des 27. Februar 2022 zu zerreden. Einzig und allein die AfD war es, die seit jeher die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, die ausreichend und angemessene Ausstattung der Bundeswehr und die Priorität der Landes- und Bündnisverteidigung als Aufgabe deutscher Streitkräfte gefordert hat. Die AfD hätte gut daran getan, sich hier an die Spitze der Bewegung zu setzen. Das hätte etwa durch die parlamentarische Initiative zu einem nationalen Verteidigungs- oder Sicherheitsplan geschehen können. Dieser wäre natürlich der Ablehnung durch die anderen Fraktionen des Bundestages verfallen, aber im Wege des im Hinblick auf Anträge der AfD dort inzwischen üblichen Plagiiens hätte so vielleicht doch der eine oder andere gute Gedanke seine Verwirklichung finden können. Stattdessen ist die AfD nach Abgabe einiger lippenbekenntnishafter Verurteilungen in ein mehr als peinliches, wochenlanges Schweigen zur russischen Aggression gegen die Ukraine verfallen.

Mathias Bath

Sezession als Recht der Freien Welt

In der Geschichte zeigt sich, daß sich Staaten häufig durch Sezessionen bilden. Wenn dieses Recht den baltischen Ländern gewährt wurde, sollte das auch für die Ukraine gelten. Was ist aber mit den sogenannten abtrünnigen Gebieten des Donbass, also Donezk und Lugansk?

Warum sollte diesen, inzwischen von Rußland anerkannten Republiken, kein Recht auf Abtrennung von der Ukraine zustehen, wenn die Ukraine genau dieses Recht für die Sezession von Rußland in Anspruch nimmt.

Sollten Donezk und Lugansk nicht auch das Recht haben, sich Rußland anzuschließen? Wenn nein, warum nicht.

Ich sage es Ihnen: Weil die meisten Leute, welche die Invasion der Russen in die Ukraine anprangern, gleiches nicht bei den amerikanischen Invasionen in Afghanistan, Syrien, dem Irak, Libyen oder in Serbien getan haben. Weder Bush junior noch Obama wurden für geisteskrank erklärt, noch wurde deren Absetzung gefordert.

Sicher, es ist nicht schön, wenn ein Land in ein anderes einmarschiert und vielleicht hatten sich die Russen den Widerstand der Ukrainer schwächer vorgestellt. Vielleicht ist der Holodomor Stalins im Jahr 1932 doch noch nicht vergessen. 10 % der Ukrainer verhungerten bei dieser absichtlich erzeugten Not. Aber können wir die Russen mit den Sowjets und Putin mit Stalin gleichsetzen?

Putin werden Kriegsverbrechen vorgeworfen. Dabei bleibt außer Acht: Die zivilen Opfer in der Ukraine sind mit mehreren Hundert vergleichsweise gering. Wir erinnern uns, in den ersten Tagen der „Irak-Initiative“ starben über 50.000 irakische Zivilisten im Bombenhagel der Amerikaner. Wurde George Bush jemals in Den Haag angeklagt? Nein. Hat das jemals



Alina Lipp: Berichte aus Donezk
ein Demokrat gefordert? Nein.

Zweifler behaupten, niemals hätte der Westen den Russen versichert, die NATO nicht nach Osten zu verschieben. Und selbst wenn das mündlich geschehen wäre, was interessiert uns unser Geschwätz von vorgestern?

Zugegeben, die Russen waren nicht immer nett zu ihren Gegnern. Aber die russischen Erdgaslieferungen wurden weder durch den Kalten Krieg noch durch die Nato-Osterweiterung unterbrochen. In Berichten über Greueln an Gefangenen und Vergewaltigungen sind die Opfer russisch.

North Stream 2 ist auch eine Folge des vertragswidrigen Anzapfens der Drushba-Pipeline durch die Ukraine und des Diebstahls russischen Erdgases durch die Ukrainer.

Friedrich der Große fiel in Sachsen ein, als ihm ein Krieg durch Österreich und Rußland aufgedrängt wurde. Er hatte zwar das kürzere Schwert, bemerkten Zeitgenossen, aber er hatte es schneller aus der Scheide. War Preußen schuld am Siebenjährigen Krieg? Hoffen wir auf einen baldigen Hubertusbürger Frieden 2.0.

Glaubt man Alina Lipp, einer Deutschen, die auf die Krim auswanderte, verhalten sich die Russen weniger imperial, sondern aus Donezker Sicht wie Helfer in der Not.

A.W.



Als Berliner Pensionär ist man einiges gewöhnt. Obwohl man die Berliner Schnauze kennt, erlebt man manchmal Erstaunliches.

Im Supermarkt hat eine Dame mehr auf dem Band, als in ihrer Taschen paßt. Zögernd greift sie zu den Taschen, die heute umweltfreundlich aber teuer sind.

„Die muß ick aba erst einscannen!“ flötet die KassiererIn.

Die Kundin hält inne, überlegt offenbar, ob sich eine solche Ausgabe lohnt.

„Halten die denn auch dauerhaft?“ fragt sie, um Bedenkzeit zu schinden.

Darauf entgegnet die KassiererIn kühl:

„Wenn Se wat werthaltiges koofen woll'n, müssen Se zu'n Juwelier jehen!

Aber davon wollte ich gar nicht berichten.

Für eine Versicherungsangelegenheit benötigte ich kürzlich eine „Lebensbescheinigung“.

Klingt komisch, heißt aber so.

Die stellt das Bürgeramt aus. Dazu braucht man dort einen Termin und das ist bekanntlich schwierig.

Mein Anruf beim Bürgeramt hatte aber schnell Erfolg, ich kam zügig durch. „In den nächsten zwei Monaten sieht's schlecht aus“, dämpfte die freundliche Dame meine kurz aufgekeimte Hoffnung auf eine zügige Erledigung. Ich vereinbarte einen Termin in ferner Zukunft, bat aber die Dame, die mich auf Onlinebuchungen hinwies, daß solcherlei nichts für mich alten Knacker ist. Sie versprach, sich für mich zu bemühen und legte auf.

Einen Tag darauf, ich radelte gerade auf meinem Heimtrainer und war schon etwas erschöpft, klingelte das Telefon.

„Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf, Frau Soundso Jetzt hat grad einer abgesagt. Wenn sie in einer halben Stunde hier sein können, kriegen Sie Ihre

Lebensbescheinigung ad hoc.“

Mir schwindelte etwas, 30 Minuten, ich im Schlafanzug und hinfahren muß ich auch noch. Aber der Verzweifelte greift den Vorhang der Geschichte, wenn dieser durch das Telefon weht.

„Jawoll, ich mache mich sofort auf den Weg, ich schaffe das!“

„Komm'Se aber nich' zu spät, junger Mann, wenn'e Time-Slot um is, kann ick och nischt mehr machen.“

Also rin in die Klamotten, Galoschen an und nix wie raus zum Auto.

Panisch suche ich einen Parkplatz. Natürlich nichts frei. Plötzlich ein freier Parkplatz in Sicht. Einparken und raus aus dem Auto, abgeschlossen (piep, piep macht der neue Wagen) und im Laufschrift zum Amt!

Tatsächlich schaffe ich es durch göttliche Fügung noch innerhalb des



Time-Slots, die ersehnte bezirksamtliche Tür zu öffnen.

Lebensbescheinigung ausgestellt, bezahlt und wieder raus. Hat keine fünf Minuten gedauert.

Wie ein Torero nach dem siegreichen Kampf schlendere ich den Weg zurück, der Puls geht langsam runter und der Tag scheint gerettet.

Was ist das? Mein Auto ist weg!. Das gibts doch nicht! Erst kürzlich gekauft, steht es nun nicht mehr in der Villenstraße nahe dem ehemaligen Rathaus.

Ja potzblitztausend. Taxe rangewunken und zum Augustaplatz gefahren. Völlig aufgelöst.

Auf der Wache räkeln ist etliche Polizeibeamte gemütlich in einem Tresenraum, der durch eine Scheibe

einsehbar ist. „Covid-19. Eintritt nur nach Aufforderung.“ steht auf einem selbstgemalten Schild.

Nach 30 Sekunden erlaube ich mir an die Scheibe zu klopfen und bekomme gleich einen Rüffel: Könn' Se nich' lesen?“

Im Warteraum beginne ich mich zu sammeln. Lebensbescheinigung habe ich, aber das Auto ist geklaut.

Ich rufe zwei Freunde an und berichte das Unfaßbare. Nach einigen Minuten in einem Warteraum holt mich eine Beamtin ab und bringt mich einen Stock höher in ein Verhörzimmer.

„Wir schicken das den Kollegen vonne Kripo“, verabschiedet mich nach einer halben Stunde die Beamtin, und ich stehe wieder auf dem winterlichen Augustaplatz und warte auf eine Taxe.

Am späten Nachmittag klingelt das Telefon: „Ich bin's, der Tony. Rat mal, wo ich stehe!“

„Wo denn?“

„Ich stehe vor Deinem Auto.“

„Was?“

„Mir kam das spanisch vor, da dachte, ich man sollte sich hier mal umschauen, wenn's ruhiger ist.“

Du hast das Auto eine Straße weiter geparkt.

Den Gang nach Canossa zur Kripo erlaubte ich mir, auf den nächsten Morgen zu verschieben. Der Beamte war außer sich: „Wenn Se den Wagen gestern finden, müssen Se doch unverzüglich Bescheid sagen! 10 Minuten später rief ein Oberhauptkommissar zurück. „Soso, sie hatten vergessen, wo sie parkten. Passiert Ihnen das öfter?“

Ich erzählte ihm meine Geschichte und konnte ihn davon überzeugen, daß ich noch alle beisammen habe und derzeit keine Gefahr für den Fahrzeugverkehr darstelle.

Ende gut, alles gut!

Roland Dörbecker

